

Die staatliche Elektrizitätswirtschaft vor und nach dem Kriege

Die Versorgung der Menschen und der Wirtschaft mit Wasser und Gas ist heutzutage eine unbestrittene Aufgabe der Gemeinschaft. Die Versorgung mit elektrischem Strom zu Licht-, Heiz- und Kraftzwecken zwingt in dieselben Bahnen. Diese Einsicht wird zwar noch nicht allgemein anerkannt, der Gedanke der Gemeinwirtschaft in der Stromerzeugung und Stromverteilung ist dessenungeachtet rasch und kräftig emporgewachsen.

Die ersten größeren Anlagen für elektrische Beleuchtung wurden in den achtziger Jahren errichtet. Es bildeten sich bald Privatgesellschaften, um Strom für einen größeren Kreis von Interessenten zu erzeugen. Diese Gesellschaften waren für den Bau ihrer Leitungen über öffentliche Straßen von den Gemeinden abhängig, die Verbindung mit den Gemeinden zu gemeinsamer Ausnützung der Stromlieferung lag daher nahe. Ein Teil der Gemeinden ging auch bald zur Errichtung eigener Kraftwerke über. Diese Politik war im Interesse einer raschen Entwicklung des Elektrizitätsverbrauchs sehr zu begrüßen, denn die Privatwerke legten häufig nur Leitungen an, die sofort Gewinne brachten, abgelegene oder ärmere Stadtteile blieben unberücksichtigt. Aber die Stadtgemeinden verschmähten es, über das Weichbild ihrer Stadt hinauszugehen und dadurch blieben die ländlichen Gegenden dem privaten Unternehmungsgeist überlassen.

Als durch den Bau der Leitung von Lauffen a. N. nach Frankfurt a. M. die Möglichkeit der Fortleitung von hochgespanntem Strom auf längere Strecken bewiesen war, trat eine entscheidende Aenderung des Versorgungsprinzips ein. In die gleiche Zeit fällt die Ausdehnung und Verwendung des elektrischen Stroms zu Kraftzwecken in Industrie und Verkehr. Die Bedeutung des Lichtstromes trat immer mehr hinter die Kraftstromabgabe zurück. Mit der Verbreiterung des Wirkungsfeldes der Elektrizität stieg die Beteiligung der Gemeinden und die privaten Elektrizitätsgesellschaften überließen diese Beteiligungen willig, teils wegen der damit verknüpften Gewinne, teils um ihre Kapitalien in immer neuen größeren Unternehmungen verwenden zu können. Denn inzwischen war das elektrische Kind zu einem Riesen angewachsen, der seine Arme immer weiter ausstreckte und einen immer größeren Kreis der einzelnen Länder umfaßte. Der für die städtischen Gemeinden leitende Gedanke der Uebernahme der Elektrostromversorgung in die öffentliche Hand fand im Lauf der Zeit auch bei den Landgemeinden Anklang. Im Unterschied zu den Städten, von denen jede für sich vorging, war für das platte Land ein günstiges Ergebnis nur auf der Grundlage gemeinschaftlichen Zusammenwirkens möglich.

Von diesem Zeitpunkt an wäre es im Sinne einer planmäßigen technischen Gestaltung und zur Vermeidung volkswirtschaftlicher Verluste nötig gewesen, eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Emil Rathenau, Generaldirektor der A. E. G., hat im Jahre 1909 zuerst den Gedanken ausgesprochen, daß mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen dem Staat auch ein Monopol für die Versorgung mit elektrischer Kraft zufallen müsse. Das Reich hatte